



Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Ercheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4¼ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7¼ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expedituren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstraße Nr. 27, 4¼ Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und die sogenannten Konservativen.

Es geht in ganz Deutschland schon seit Jahren Alles so wirt und bunt durcheinander, daß ein ruhiger und gescheiter Mensch kaum weiß, wo ihm der Kopf steht. Barger als je ist aber die Verwirrung in den letzten Monaten und besonders seit dem 9. April geworden, wo der Graf Bismarck seine bekannten Anträge am Frankfurter Bundesstage gestellt hat.

Jeder weiß, daß die angeblich Konservativen sich vor dem allgemeinen Wahlrecht sonst nicht genug freuzigen und segnen konnten. Sie sagten: Wenn Ihr Recht und Gesetz umstürzen, wenn Ihr jede vernünftige Ordnung und jede Gottesfurcht aus der Welt ardeten, wenn Ihr Euer Hab und Gut den Bannmännern und Taugenichtsen preisgeben und selbst als Bettler in's Land gehen wollt, dann müßt Ihr das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einführen, und nach diesem Rechte dann auch ein deutsches Parlament berufen, wie es die Umstürzler, die rothen Republikaner, die Kommunisten und Sozialisten mit allen irdentlichen Mitteln herbeizuführen suchen. Denn solch ein Parlament, sagten sie, wird das Oberste zu unterst und das Unterste zu oberst setzen, weil es ja gewählt wäre von dem großen Haufen der Dummen und Dorer, die nichts ihr eigen nennen, als was sie gerade auf dem Leibe tragen. Die ruhigen und vernünftigen Leute, die Leute, die Haus und Hof besitzen oder doch ihr gutes und sicheres Brod haben, die werden natürlich auf die Straße gejagt werden. Sie mögen daher ihr Bündel bei Zeiten schnüren, und ehe ihnen noch ihr letzter Hock und ihr letzter Haler genommen ist.

Natürlich war das ein ganz albernes Geschwätz, und wissen wir auch ganz genau, daß die, die es ausbrachten, gerade am allerwichtigsten daran glauben. Aber die angeblich konservativen Schreiber und Hühler brachten es in Verbindung mit ihrem sonstigen wüsten Gerede, unter Anderem von der Undereinkunft des Parlamentarismus und des königlichen Regiments, um damit die Besitzenden in's Wochshorn zu jagen.

Klinge und erfahrene Leute, die auch das Herz auf dem rechten Fleck hatten, gingen natürlich nicht in die Falle, wohl aber die Strohblöße und die Hasenbergen und daneben gar viele sonst recht verständige Männer, denen aber noch die nöthige Erfahrung und die rechte Welt- und Menschenkenntnis fehlte. Alle diese Leute ließen sich durch solches und anderes Geschrei so weit behören, daß sie meinten, bei Gemeinde- und Staatswahlen wirklich konservativ, d. h. für die Erhaltung von Recht und Gesetz und einer vernünftigen und verfassungsmäßigen Ordnung im Lande zu stimmen, während sie in Wirklichkeit ihre Stimme doch zu Gunsten der Feinde von Recht und Verfassung, der Junker und Junkerengenossen und der willfährigen Diener der Gewalt abgaben.

Nun, Gott sei Dank, ist das schon besser geworden. Demen natürlich, die überhaupt kein Urtheil und keinen Verstand haben, kann man auch keinen eintrichtern. Aber die ehemals Jagdhafnen haben doch nach und nach so viel Muth gefaßt, daß sie bei den Wahlen schon längst angefangen haben, wieder ihren eigenen Verstand zu gebrauchen. Besonders aber haben wir seit 1858 und zumal seit 1862 so viel erlebt, daß es wohl noch kaum einen mündigen Mann giebt, der aus dieser Unerfahrenheit in die Erdlingen der Reaktion fallen wird. Wenn es jedoch im Staate wirklich besser werden soll, so reicht es nicht aus, daß wir bloß zu einer besseren Einsicht gekommen sind, wir müssen auch in allen Dingen, die das Gemeinwesen angehen, besser und kräftiger handeln lernen. Das richtige Wählen ist nur ein Theil des staatsbürgerlichen Handelns, der für sich allein noch lange nicht zum Ziele führt. Zum ganzen und vollen Handeln gehört noch viel mehr. Wir haben davon schon öfter gesprochen und werden bei Gelegenheit auch noch mehr darüber reden. Für heute aber wollen wir nur daran erinnern, wodurch gerade seit dem 9. April die Verwirrung bei uns einen so besonders hohen Grad erreicht hat.

Die sogenannten Konservativen also haben von jeher und bis vor wenig Wochen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht geradezu für den bösesten unter den bösen Geistern der sogenannten Revolution erklärt. Nach

der bisherigen Meinung dieser Konservativen was nun der jetzige Ministerpräsident, der Graf v. Bismarck, der erste Staatsmann in der ganzen Welt, größer als Preußen jemals einen gehabt hat, und mindestens eben so viel werth, als der große Kurfürst und der alte Fritz zusammengenommen. Sie verehrten ihn als den Retter des preussischen Staats aus den Händen des Liberalismus, als den Mann, der alle Teufel der Revolution in Ketten und Banden geschlagen hat, als den Helden, der durch seine Politik Schleswig-Holstein schon erobert hat und das übrige Deutschland noch dazu erobern wird. Graf Bismarck hat ihnen ja auch den Gefallen getan, sich sehr entschieden für einen konservativen Staatsmann zu erklären und jede andere Partei in Preußen auf das Nachdrücklichste zu bekämpfen. Natürlich gilt er ihnen dafür auch als der Konservativste unter den Konservativen.

Man denke sich den Schreden der Reaktionäre, daß dieser von ihnen so verehrte, ja, man könnte beinahe sagen, so vergöttlichte Minister mit Einem Male, wie aus der Pistole geschossen, den Frankfurter Bundestag und zwar im Lobe des nachdrücklichsten Ernstes auffordert, zur Mitwirkung an der Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung ein durch allgemeines gleiches und direktes Stimmrecht gewähltes deutsches Parlament in kurzer Frist zu berufen.

Will, so riefen die Reaktionäre aus, will unser Herr und Meister denn wirklich die Teufel austreiben durch Bekehrung, den obersten der Teufel?

Wir haben oben natürlich nicht erschrocken, ja, wir haben uns nicht einmal gewundert. Freilich ist Graf Bismarck der entschiedenste Gegner einer jeden freisinnigen und volksthümlichen Politik, und niemals kann die freisinnige Partei im Lande mit ihm Frieden schließen, auch wenn er selbst die Hand dazu bieten sollte. Denn der Grundlag, den er stets befolgt hat, und den er stets befolgen wird und muß, so lange er in einem Staatsamte sich befindet, ist der, daß gerade in den Staatsan gelegenheiten, die das Volk am aller nächsten angehen, eben dieses Volk und die Vertreter dieses Volkes Nichts, die Herren von der Regierung aber Alles zu sagen haben. Natürlich hielten gerade darum seine Verehrer ihn für einen höchst konservativen Mann, und gewiß hält auch er sich selbst dafür. Aber in dem Sinne, wie seine Anhänger es meinen, war er es nie, er ist es vielmehr in einem ganz anderen, jetzt schwer zu erklärenden Sinne.

Dennoch ist es nicht schwer zu sagen, weshalb er jetzt an ein deutsches Parlament appellirt, das aus dem allgemeinen gleichen und directen Stimmrecht hervorgehen soll. Er thut es wohl hauptsächlich darum, weil seine bisherige auswärtige Politik ihm gänzlich fehlgeschlagen ist. Das Ziel dieser Politik war, Schleswig-Holstein für Preußen zu erobern und damit zugleich die that sächliche Oberhoheit Preußens zunächst über alle Norddeutschen Staaten zu erwerben. Dieses Ziel wollte er zuerst durch das Bündniß mit Oesterreich und später dadurch erreichen, daß er den ehemaligen Bundesgenossen durch Furcht vor einem Kriege einzuschüchtern suchte.

Beide Wege erwiesen sich als unrichtige Wege; der letztere namentlich darum, weil Preußen einen erfolgreichen Krieg mit Oesterreich nur dann führen kann, wenn es die übrigen Deutschen zu Bundesgenossen hat. Davon haben wir schon in unserem Blatte vom 7. April gesprochen. Auch der Ministerpräsident hat das endlich erkannt, aber freilich erst, nachdem er recht schlimme Erfahrungen gemacht hat. Jetzt nun will er seinen früheren Fehler wieder gut machen. Er will jetzt das deutsche Volk für sich gewinnen. Er weiß, wie sehr dasselbe in dem größten Theile unseres deutschen Vaterlandes nach einem deutschen Parla mente, und wie außerordentlich Viele nach dem allerzuverehrtesten demokratischen Wahltreue verlangen. Darum hat er Weides von dem Frankfurter Bundestage gefordert und damit auch Weides im Namen des Preussischen Staates versprochen.

Graf Bismarck glaubt, daß ein solches Wahltrecht nicht die Gefahren mit sich bringt, die seine Anhänger und vorzugsweise gesucht haben. Er hat darin ganz Recht. Aber er hat ganz Unrecht, wenn er glaubt, daß irgend ein deutsches Parlament oder irgend ein preussisches Abgeordnetenhaus, das nach solchem Wahltrecht gewählt wäre, jemals die Politik bezüchtigen oder auch nur gutheißen könnte, die er selbst und seine Anhänger für eine „konservative“ halten. Darum ist es auch ein sehr schwerer Verstoß von ihm, wenn er durch seine Frankfurter Anträge die Volksgunst wenigstens außerhalb Preußens gewonnen zu haben glaubt. Ja, wenn noch irgend eine Hoffnung vorhanden gewesen wäre, daß die allbekannte tiefe Aneignung des deutschen Volkes gegen die Bismarcksche Politik sich plötzlich in eine eben so allgemeine Zuneigung verwandeln könnte, so haben gerade die Freunde und Anhänger des Ministerpräsidenten selbst diesen Hoffnungsschimmer bis auf die letzte Spur ausgelöscht.

Die Sache ist nämlich die, daß diejenigen Konservativen, die bisher ihres eigenen Vortheils wegen sich in die Dienste des Grafen Bismarck begeben haben, jetzt einsehen, daß er ihnen nicht mehr helfen kann. Sie sehen viel deutlicher als er, daß seine Frankfurter Anträge ihm nichts nugen, ihnen selbst aber unendlich schaden werden. Darum geben sie sich alle Mühe, dieselben möglichst zu hintertreiben. Aber sie handeln dabei nach ihrer alten Gewohnheit weder ehrlich noch offen. Sie geben sich nämlich die Mühe, als ob sie den Plan ihres bisherigen Herrn und Meisters ganz vertrefflich fänden; aber sie loben ihn in solcher Weise, daß das Volk, welches Graf Bismarck gar zu gern auf seine Seite ziehen möchte, dadurch nothwendig zurückgedrängt werden müßte, auch wenn es nicht selbst schon klug genug wäre, nicht bloß die Gabe, sondern auch den Geber sich anzusehen. Sie sagen nämlich, wenn auch nicht überall den Worten, so doch dem Sinne nach: „Wenn Graf Bismarck das allgemeine gleiche und direkte Wahltrecht einführen will, so will er es nur darum, weil er die große Masse des deutschen Volkes für so einfältig hält, daß sie ihm zu Liebe wahrscheinlich lauter Feinde des Volkrechts wählen werden. Sollte

aber wider Erwarten ein Parlament gewählt werden, das ihm nicht Alles zu willen thut, nun so wird er mit demselben ebenso verfahren, wie mit dem Preussischen Abgeordnetenhaus. Triebe es aber seinen Widerstand weiter, nun so hat er Polizei und Soldaten genug, um die Herrn Parlamentsmitglieder zu Paaren zu treiben.“ Ja, Andere von diesen Reaktionen behaupten sogar, Graf Bismarck denke gar nicht daran, ein deutsches Parlament zu Stande zu bringen. Er wolle mit den Verhandlungen nur ein paar Monate Zeit hindringen. Er weiß sehr gut, sagt u. A. die Berliner Revue vom 20. April, das Oesterreich Benutzen an das Königreich Italien verkaufen und spätestens Anfangs Juli den Krieg gegen Preußen anfangen wird. Dann wird, meint die Revue, Graf Bismarck weder an deutsches Parlament, noch an Preussisches Abgeordnetenhaus weiter denken. Er wird einfach den Kaiser von Oesterreich aus Wien nach Veste treiben und „durch Eisen und Blut“ ganz Deutschland unter Preussischem Scepter vereinigen.

Natürlich schreiben diese Reaktionen dem Grafen Bismarck solche Dinge nicht zu, um ihm Freunde in Deutschland zu verschaffen, sondern um seine Stellung noch mehr zu untergraben. Sie geben sich eine überflüssige Mühe. Weder in Preußen noch im übrigen Deutschland wird das Volk sich verächtlich fühlen, sein Bleiben in der Nacht auch nur einen Augenblick zu wünschen, und verspricht er Berge von Freiheit.

Politische Wochenplan.

Preußen. Augenblicklich hat sich die Situation etwas friedlicher gestaltet, ohne daß man deshalb berechtigt wäre, an eine dauernde Sicherung des Friedens zu glauben. Oesterreich und Preußen haben sich verständigt, die getroffenen militärischen Maßregeln rückgängig zu machen, aber über den Streitpunkt selbst, welcher die Rüstungen veranlaßt hat, ist noch keine Entscheidung getroffen, und es kann daher jeden Augenblick die kaum scheinbar beseitigte Spannung aufs Neue hervortreten.

In der deutschen Frage hat die erste Abstimmung am Bunde stattgefunden, und ist dem Verlangen Preußens, seinen Antrag einem besonderen Ausschuss zur Beachtung zu überweisen, Folge gegeben worden. Nichts desto weniger scheint Preußen keine Aussicht zu haben, daß man weiter auf seine Pläne eingehen werde, da die Mehrzahl der deutschen Staaten vor der Beantwortung der Frage, ob und wann ein deutsches Parlament einberufen werden soll, verlangen wird, Kenntniß von der Verträge zu haben, welche diesem Parlament gemacht werden soll. Preußen will aber, daß man sich erst fett über die Verfassung des Parlaments einigt, und so wird wohl die Sache wieder ins Stocken kommen, obgleich es den Regierungen schwer sein wird, sie wieder von der Tagesordnung zu verdrängen.

Was aber hat Preußen, resp. Graf Bismarck eigentlich mit seinem Antrage auf Einberufung eines aus allgemeinen (direkten) Wahlen hervorgegangenen Parlamentes gewollt? Man wird gestehen, daß bei dem Umfande, daß Graf Bismarck noch vor wenigen Jahren Oesterreich gegenüber auf den festen Bestand des deutschen Bundes hingewiesen und bei seinem früher so unverhohlen ausgesprochenen Widerwillen gegen das allgemeine und direkte Wahlrecht eine solche Frage wohl ihre Berechtigung hat, und man hat sich

auch viel mit ihr beschäftigt. Man hat den Antrag bald einen diplomatischen Schachzug genannt, durch welchen Graf Bismarck Oesterreich der Unterthänigkeit berauben wollte, welche dasselbe bei den deutschen Mittelstaaten fand, und bald hat man in dem Antrage auf Einberufung eines deutschen Parlamentes, welches aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgehen sollte, nichts weiter gesehen, als einen ersten Schritt, der die Einführung dieser Wahlart auch in Preußen vorbereiten soll. Möglich, daß die und da noch andere Motive dem Antrage untergeschoben werden sind, diese beiden haben sich stets wieder in den Vordergrund gedrängt, und haben die eifrigsten Vertheidiger gefunden, ohne daß für die Richtigkeit der einen oder der andern Ansicht mehr als Vermuthungen aufgestellt werden konnten. Auch die officiösen Blätter ließen keinen bestimmten Rückschluß auf die Motive des Antrages machen, da ihre Ausführungen jede Deutung zuließen. Da hat nun schließlich das officiöse aller officiösen Blätter, die „Proc. Corr.“, allen Zweifeln ein Ende gemacht. Sie bringt einen längeren Artikel, betitelt: „Preußen und die Militärvorfassung des deutschen Bundes“, in dem sie die Nothwendigkeit einer Reform dieser Bundeskriegsverfassung nachweist. Wir wollen hier nicht die Eedertungen des officiösen Blattes über diesen Gegenstand wiedergeben, da wohl Niemand im ganzen deutschen Vaterlande die dringende Nothwendigkeit solcher Reform in Abrede stellen wird. Wir wollen hier nur die Stelle mittheilen, welche uns einen Aufschluß gibt über die wahren Motive, welche jenem Antrage nach unserer Ansicht zu Grunde liegen. Es heißt in dem Artikel: „Der langjährige innere Streit in Preußen ist vornehmlich durch die Frage in Betreff der Militärlasten des preussischen Volkes entstanden. Diese Verpflichtungen mußten seither auch deshalb gesteigert werden, weil Preußen eben nicht bloß sich selbst, sondern ganz Norddeutschland zu schützen hat. Es ist daher eine Frage von der höchsten Bedeutung für Preußens gesammte Politik, daß endlich durch eine Reform des deutschen Bundes die Möglichkeit gewonnen werde, eine Ausgleichung der Militärlasten Preußens gegenüber Deutschland und damit eine Ausgleichung des inneren Zwiespalts in Preußen zu finden.“ — Es ist also, mit einfachen dürren Worten gesagt, dieser Antrag nichts weiter, als ein Zurückweichen auf dem Gebiete der inneren Politik. Wir sind weit entfernt, den Weg, welcher hier zum Ausgleich des Militärlastens gezeigt wird, einen falschen zu nennen; im Gegentheil, es ist dies der Weg, welchen die gesammte liberale Partei bisher immer als den einzig möglichen gezeigt hat. So kommt denn auch auf diesem Gebiete ganz in derselben Weise, wie dies in der schleswig-holsteinischen Frage geschehen ist, die Regierung Schritt für Schritt dazu, sich das Programm der liberalen Partei anzueignen. Ob es der Regierung möglich sein wird, das Programm der liberalen Partei ohne Stöße der liberalen Partei auszuführen, und ob diese Regierung jemals die Unterthänigung der liberalen Partei finden wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir getrost unseren Lesern selbst überlassen können. heut wollen wir nur die Thatfache selbst konstatiren, die Thatfache, daß die Ausdauer des Volkes ein Festhalten an dem, was es für recht und für dem Vaterlande heilsam erkannt, nahe daran ist, ihren Lohn zu erhalten.

Die Regierung hat die Wiederwahl des Abgeordneten Hagen zum Kammerer von Berlin bestätigt.

Man trägt sich jetzt mit allerlei Gerüchten über eine

bedorftende Zusammenberufung der Kammern, doch scheint es nicht, daß dieselben irgendwie Glaubwürdigkeit verdienen. Eher möchten wir den Nachrichten Glauben schenken, welche wollten, daß die Regierung daran denke, sobald die Angelegenheit wegen Berufung eines deutschen Parlamentes geordnet sei, das jetzige Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Graf Bismarck ist in der letzten Zeit krank gewesen und ist noch nicht wieder hergestellt. An die durch die Krankheit betingte Zurückhaltung von den Geschäften knüpfen sich viele Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt, doch haben sich dieselben alle als unrichtig erwiesen.

Es werden jetzt allerhand Manifeste und Sendschreiben verbreitet, welche darauf berechnet sind, die Mitglieder der republikanischen Partei für die Pläne der Regierung zu gewinnen. Abzusehen von dem Umstande, daß die Zahl der Republikaner in Deutschland verschwindend klein ist, wird auch kein freisinnig denkender Mann in die plumpe Falle gehen.

Die Zahl der Volksversammlungen, welche sich sowohl in Preußen wie auch im übrigen Deutschland gegen einen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ausgesprochen haben, hat sich seit unserer letzten Besprechung bedeutend vermehrt.

Kassau. In Nassau scheint wieder eine Wendung in der Politik eingetreten zu sein: der Befehl, die Kämpis der Truppen nach österreichischem Muster umzarbeiten, ist zurückgenommen worden.

Die Friedens-Beschlüsse.*)

Ueberall in Deutschland und namentlich auch in unserem engeren Vaterlande Preußen werden Volksversammlungen abgehalten, in denen Erklärungen wider den drohenden Krieg abgegeben werden. — Ein aufmerkamer Beobachter dieser Bewegungen wird es nicht übersehen können, daß nicht alle Ausprüche der bisher abgehaltenen Versammlungen von gleichem Gewichtspunkte ausgehen und daß namentlich zwischen den zu Berlin und den in den Provinzen angenommenen Beschlüssen ein scheinbar sehr erheblicher Unterschied besteht.

Während die Ausprüche der Provinzialversammlungen einfach die Nothwendigkeit der Erhaltung des Friedens betonen und nicht selten sich bis zu dem Ausspruche zuprühen, daß sie den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich einen unter allen Umständen zu vermeidenden „Bruderkrieg“ nennen, fassen die Berliner Erklärungen die Frage weniger einfach auf.

Wir wollen hier keine weit-läng darüber streiten, ob ein Krieg mit Oesterreich wohl mit Recht ein Bruderkrieg genannt werden kann, da doch in diesem Reich vier mal mehr Magyaren, Slaven und Romanen als Deutsche wohnen und überall das entscheidende Wort sprechen. Wir glauben vielmehr, daß die Kundgebungen gegen den Krieg mit Recht als die Hauptfache anzusehen und auf die einzigen Ausdruck weniger Gewicht gesetzt wurde. Man hat auch wohl weniger an Oesterreich, als an die übrigen deutschen Staaten gedacht, welche Zedermann in Preußen als Vuersteren betrachtet. Wenn wir also auch die Erklärung u. der Volksversammlungen in den Provinzen gelten lassen wollen, so können wir doch nicht umhin, den Berliner-Beschlüssen den Vorzug einzuräumen.

Wir sind nämlich der Ansicht, daß die politische Lage

*) Obgleich für den Augenblick die Kriegszufahrt beilegt scheint, so geben wir doch diesen Bewegungen eines gleichgültigen Mitarbeiters über die Friedensresolution einen Raum in unserem Blatte, um so mehr, als er dieselbe in ihrer allgemeinen Bedeutung bespricht.

zur Zeit viel zu verwickelt ist, um dieselbe mit einem Worte erschöpfen zu können.

Ist denn das preussische Ministerium Oesterreich gegenüber so ganz im Unrecht? Liegt der Fehler desselben nicht vielmehr darin, daß es geglaubt hat mit Oesterreich im Bunde etwas für Preußen Forderliches erreichen zu können? An dem Verfall Deutschlands ist doch Niemand mehr Schuld als Oesterreich und von jeher hat die Verkündung Preußens mit Oesterreich nie etwas anderes bedeutet, als gemeinsame Reaktion und die Aufgabe der liberalen Partei wird es immer sein: Oesterreichs Einfluß in Deutschland zu brechen. So lange derselbe in seinem gegenwärtigen Umfange besteht, ist an eine Einigung und an eine gemeinsame deutsche Verfassung nicht zu denken. Freilich gebot dazu, daß Preußen ein wahrhafter Verfassungsstaat werde. Außerdem gehört noch dazu, daß man die Einigungsaufgabe nicht zu weiterschreit stelle. Wollte man schon jetzt als Ziel die Mediatisirung (d. h. Entthronung) sämmtlicher deutscher Fürsten und die Vereinigung des deutschen Volkes unter einem Herrscher oder in Form einer Republik in's Auge fassen, so würde man nichts erreichen. Ob unser Volk in späteren Tagen einmal eine solche Aufgabe zu lösen im Stande sein wird, darüber wollen wir keine Vermuthungen aufstellen, zur Zeit ist es weder geneigt, noch hat es Veranlassung, hieran ernstlich zu denken. Das auch heute schon Erreichbare scheint uns die Verantwortung des jetzt bestehenden Bundes selbstherrlicher deutscher Fürsten in einen Volksbund, an dessen Spitze eine Regierung steht, welche die gemeinsam mit der allgemeinen deutschen Volksvertretung zu erlassenden Gesetze zur Ausführung zu bringen hat. Daß diese Regierung mächtiger sein muß, als der deutsche Bundesrat, verliert sich von selbst. Sie muß die Leitung der militärischen und diplomatischen Geschäfte in der Hand haben, und das Widersprüchliche jedes einzelnen Bundesfürsten, wie es jetzt besteht, muß aufgehoben werden.

Aus diesem Grunde kann sich gegenwärtig ein liberaler deutscher Mann weder für die Annäherung der Herzogthümer an Preußen, noch für die bedingungslose Einiehung eines unbeschränkten Herzogs in denselben erklären, und daher darf weder für jne ein Krieg geführt werden, noch kann Preußen einfach aus Schleswig-Holstein hinausgehen, weil Oesterreich es so haben will.

Wenn wir also den bisher in Berlin gefaßten Beschlüssen den Vorzug einräumen, weil sie den Willen des preussischen Volkes klar und deutlich ausdrücken, so ist die Thatfache selbst, daß das Volk in dieser Sache gesprochen hat, für uns das Wichtigste, und wir legen auf die verschiedene Form, in der es geschehen, kein so großes Gewicht.

Wir wollen den westlichen Provinzen ihr Verdienst, zuerst das Wort ergriffen zu haben, in keiner Weise schmälern.

Wir erbliden in diesem Vorgehen unseres Volkes eine That und das Staunen einer besseren Zukunft, in welcher die Völker nicht mehr blindlings auf einander schlagen werden, nur allein deshalb, weil ihnen von ihren jeweiligen Regierungen das glänzende Scheinbild des kriegerischen Ruhmes vorgehalten wird. Zum ersten Male hatte seit Jahrhunderten ein Volk, unser Volk, mitgesprochen über Krieg und Frieden und es hat seine Stimme für den Frieden erhoben.

Diese Thatfache wird seiner eigenen Zukunft und der Zukunft Europas nicht verloren sein.